

Hohenstein-Ernstthal-Grünthal

Amtsblatt

Anzeiger



für
das Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

für
Hohenstein-Ernstthal mit Gattengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gersdorff, Bernsdorf, Rilsdorf, Langenberg, Weinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenschürsdorf, Callenberg, Grumbach, Tirschnitz, Ruchschappel, St. Egidien, Wilsdorf, Mittelbach, Ursprung, Ritzschberg, Elsbach, Pleiße und Ruchdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 9.75 Mk., monatlich 3.25 Mk. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 9.75 Mk., monatlich 3.25 Mk., frei ins Haus vierteljährlich 10.65 Mk., monatlich 3.55 Mk. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 81. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Kernsprecher Nr. 11.
Bankkonto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz.
Postfach-Konto: Leipzig 23464.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die sechsgespaltene Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 60 Pfg., im Reklamefeld 1.25 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck tarifmäßiger Nachlaß. Anzeigenaufgabe durch Kernsprecher schließt jedes Beschwerderecht aus. Bei zwangsweiser Einbringung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfall gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung.

Nr. 66

Sonnabend, 20. März 1920

70. Jahrg.

Mitteilungen des Arbeiterrates.

Wertkämpfe!

Der Generalstreik ist auf seiner vollen Höhe und, nachdem das erste Ziel erreicht ist, für beendet erklärt worden. Das bedeutet nun durchaus nicht, daß der Kampf um unsere Befreiung keinen Abschluß gefunden hat. Nein, nur die Lage ist eine andere geworden. Der Arbeiterrat kann es nicht unterlassen, über den ruhigen und imposanten Verlauf des Generalstreiks hier im Ort seine größte Genugtuung auszusprechen. Nun aber appellieren wir an eure Einsicht und an euer Gewissen, uns, wenn auch unter neuen Umständen, weiter so treu und energisch zu unterstützen, wie es bisher geschah. Bedenkt, die Lage ist genau noch so gespannt und unheilvoll wie zuvor; nur jetzt sieht ein anderes Gesicht. Wir haben es nun mit Gegnern zu tun, die neben der brutalen Gewalt noch das Mittel der schleichenden Niedertracht, des Bruderverrats und der demokratischen Phrase anwenden werden zur Verwirklichung ihrer dem Proletariat feindlichen Ziele. Nach ihnen heißt es nunmehr: der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen; das heißt mit anderen Worten, das Proletariat hat Rapp gestürzt, nun aber mag es sich begnügen, denn wir treten nun wieder ans Ruder. Wertkämpfe! Das darf auf keinen Fall geschehen. Ebert und Bauer sind die erbittertesten Feinde der Diktatur des Proletariats, das heißt, die über große Mehrheit des Volkes soll in Wirklichkeit immer wieder nach der Fäulnis einer kapitalistischen Minderheit tanzen. Die anderthalb Jahre „demokratischer“ Regierung haben es euch zur Genüge gezeigt, was das bedeutet. Darum macht durch diese faulere Rechnung einen tiefen Seufzer. Bewahrt euch euren gesunden Sinn für eure große Aufgabe als Klassen- und zielbewußte Kämpfer wie ihr bisher bewiesen habt. Damit ist es eure heilige Pflicht, dem Arbeiterrat zu jeder Minute beizustehen. Seid auf dem Posten, wenn euch der Arbeiterrat in eurem eigensten Interesse notgedrungen rufen sollte. Treue gegen Treue!

Sitzung des erweiterten Arbeiterrates

Gestern Donnerstag abend 7 Uhr fand im Saale des Meisterhauses eine von 53 Vertretern besuchte Sitzung des hiesigen erweiterten Arbeiterrates statt. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden des Exekutivkomitees erstattete das Mitglied des Arbeiterrates, Arthur Meier Bericht über die Verhandlungen der Konferenz aller sächsischen Arbeiterräte, die am gestrigen Tage in Chemnitz stattgefunden hatte. Er führte aus, daß dort fast alle Arbeiterräte Sächsens vertreten gewesen seien, sogar ein Vertreter von Dresden war anwesend. Nach Schilderung der augenblicklichen Lage gab er bekannt, daß dort beschlossen wurde, den Generalstreik mit Donnerstag zu beenden. Es fand eine lebhafteste Debatte statt, nach welcher einstimmig beschlossen wurde, daß

auch in Hohenstein-Ernstthal mit heute Freitag die Arbeit wieder aufgenommen wird, mit dem Zusatz, daß von Seiten der Unternehmer nichts gegen die Arbeiterschaft unternommen wird, andernfalls soll sofort die Arbeit wieder geschlossen niedergelegt werden. In der Aussprache über die Bezahlung der Streiktage wurde von dem Beschluß des Fabrikantenvereins Kenntnis genommen und beschlossen, daß alle Arbeitgeber, auch die kleineren, die Streiktage zu bezahlen haben. Hierauf revidierte Vorschlag über die Befestigung der Macht der Arbeiterräte. Er machte den Vorschlag, eine starke Wachmannschaft bestehen zu lassen, im übrigen das Proletariat zu bewaffnen. Einstimmig wurde beschlossen, daß heute Freitag nachmittags 5 Uhr die Verteilung von Waffen an die von den Betriebsräten für ihre Betriebe in Vorschlag gebrachten Arbeiter stattfinden soll. Weiter wurde noch über die Bezahlung der Wachmannschaft verhandelt und über die Lösung der Geld- bzw. Lohnfrage. Es wird bekannt gegeben, daß, falls nicht auf andere Weise Geld beschafft werden kann, in den nächsten Tagen vom Bezirk aus ein Notgeld herausgegeben werden muß.

Schließlich wurde noch auf Anregung des Vertreters der seit circa 4 Wochen im Streik sich befindenden hiesigen Feilenhauer beschlossen, den Streik zu beenden, doch haben die Unternehmer sich an die Tarifbestimmungen zu halten. Nach Schluß der Versammlung wurde aus der Präsenzliste festgestellt, daß von den 53 Vertretern 42 sich der Kommunistischen, 3 der Sozialdemokratischen und 1 der Unabh. Sozialdem. Partei zuzählen. Die übrigen 7 Vertreter sind parteilos.

Lohnzahlung betr.

Die hiesigen Betriebsräte werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich betr. Beschaffung von Geldern zur Lohnzahlung die Lohnlisten vorlegen lassen sollen und die Geldbewilligungen mit zu unterzeichnen haben.

Holzdiebstähle.

Es wird beachtet, daß das Holen von Holz aus den Waldungen einen direkt gemeinschädlichen Umhang annimmt. Die Unvernünftigkeit geht so weit, daß man ganze Stämme fällt und hereinträgt und außerdem sich an schon geerntetem Holz vergreift. Das muß unter allen Umständen aufhören. Der Arbeiterrat hat dazu Stellung genommen und wird nunmehr bewaffnete Patrouillen zur Überwachung des Waldes aussenden, denen unbedingt Folge zu leisten ist. Der Wald ist als Gemeingut zu betrachten. Selbstverständlich kann das Holzholen, wie es von der Behörde bisher gestattet war, weiter vor sich gehen.

Weingelage betr.

Wir erklären hiermit, daß wir überzeugt sind, daß der Bericht über ein sogenanntes Weingelage im Hotel „Drei Schwänen“ insoweit unrichtig ist, als es sich nicht um ein Weingelage handelt, sondern um ein harmloses Beisammensein einiger Herren. Wir sind von unseren Patrouillen falsch berichtet worden.

Der Berichterstatter.

Die Eisenbahnen müssen fahren, die Bergwerke arbeiten. Den Weisungen der Behörden, die allein den notwendigen Ueberblick haben können und die Anordnungen der Landesregierung ausführen, muß Folge geleistet werden.

Der Handreich der Reaktion hat in vielen Teilen des Landes zur Bildung von Aktionsausschüssen der Arbeiterschaft geführt. Sie sollten in der Stunde der Gefahr zu starker Abwehr jeder Reaktion dienen. Die darin zum Ausdruck gekommene Wachsamkeit ist ein erfreulicher Beweis dafür, wie tief und seit der Gedanke der demokratischen Staatsverfassung im Volke wurzelt. Mit dem Falle der Rapp-Lüttwich ist die Aufgabe im wesentlichen gelöst. Die Regierung erucht, dahin zu wirken, daß das öffentliche Leben wieder in die geordneten Wege gelangt. Das Wirtschaftsleben darf nicht durch unermessliche Eingriffe gestört und an der Entwicklung gehindert werden. Eingriffe in die Aufgaben und Befugnisse der Verwaltungsbehörden sind unzulässig. Die Aktionsausschüsse, soweit sie vorläufig bestehen, können nur durch rücksichtslose Unterdrückung der Orts- und Staatsbehörden dem Gemeinwohl dienen.

An einigen Orten haben fanatische und unklare Köpfe, die sich als Kommunisten ausgeben, die kritische Lage zu benutzen versucht, um die Bevölkerung unter ihre Diktatur zu bringen. Gegen derartige Putschversuche wird sich der gesunde Sinn der Arbeiterschaft ebenso entschieden zur Wehr setzen, wie gegen den Putschversuch der Reaktion. Wenn die unverantwortlichen Elemente nicht alsbald ihre gewalttätigen Unternehmungen einstellen, so wird die Regierung von ihren Machtmitteln den schärfsten Gebrauch machen.

Die Reaktion ist geschlagen, und die Vergeltung ihrer Frevel wird nicht ausbleiben. Als Leistung der Stunde muß jetzt für alle Volkstreu gelte: Unverzagliche Wiederaufnahme der geordneten Arbeitsverhältnisse auf der ganzen Linie!

Die sächsische Regierung:

Dr. Gradnauer, Ministerpräsident, Dr. Harnisch, Justizminister, Heldt, Arbeitsminister, Rißhake, Finanzminister, Dr. Senfner, Unterrichtsminister, Schwarz, Wirtschaftsminister, Ullig, Minister des Innern.

Das Kompromiß der Parteien.

Nach langen Verhandlungen zwischen der Regierungspartei und Vertretern der beiden Rechtsparteien, besonders zwischen den Abgeordneten Trimborn, Südekum, Göthein, Stefemann und Hergt, ist nach eingehenden Erörterungen und wiederholter Gefahr des Abbruchs ein Kompromiß auf folgender Basis zustande gekommen:

1. Die Vertreter der Mehrheitsparteien werden sich dafür einsetzen, daß die Wahl en zu Nationalversammlung spätestens im Juni stattfinden;
2. daß die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk erfolgt und
3. daß die Reichsregierung bald eine Umbildung erfährt.

Die Führung der Geschäfte in Berlin hat Bizekanzler Schiffer bis auf weiteres übernommen.

Weiter verzeichnen wir folgende Meldungen aus Berlin:

Die Mehrheitssozialisten haben dem Kabinett Bauer scharfe Bedingungen für die Beendigung des Streiks gestellt. Sie fordern u. a. Zurückziehung und Entwaffnung der Truppen und die Beseitigung Rostes. Es hieß auch, sie hätten den Rücktritt Heines und Südekums verlangt. Doch ist diese Meldung nicht nach Stuttgart gelangt.

Die alte Regierung erklärt, mit General von Lüttwich keinerlei Verhandlungen geführt zu haben. Mit Rapp sei von verschiedenen Parteivertretern verhandelt worden. Mehrheitssozialisten wären dabei nicht beteiligt gewesen.

Der Stellvertreter des Reichszanzlers, Reichsminister Schiffer, teilt mit, daß alle vom Generallandschaftsdirektor Rapp und General von Lüttwich getroffenen Anordnungen ungehindert sind und deshalb der Rechtswirksamkeit entbehren.

Neue Kampfanlage der Unabhängigen.

Die Unabhängigen erlassen einen Aufruf, der der alten Regierung ein feiges Kompro-miß vorwirft und gegen die Wiederaufrichtung des „fluchbeladenen Regiments Feuer-Roste“ den Kampf ansagt. Der Junter v. Lüttwich sei durch den Junter v. Seedt ersetzt worden. Der Aufruf schließt mit dem Verlangen, daß alles an die Wand gestellt werde, was an der Geschichte beteiligt sei.

Dank der Reichsregierung an die ruhige Bevölkerung.

An das deutsche Volk!
Der bewaffnete Zustand ist zusammengebrochen. Der verfassungsmäßige Zustand ist wieder hergestellt. Bedingungslos hat Herr Rapp das von ihm angemahnte Amt des Reichszanzlers abgegeben. Die Reichsregierung ist in vollem Besitze ihrer vom Volk bestimmten Rechte. Die Führung der Truppen ist dem General v. Seedt übertragen worden. Einmütige und unerschütterliche Entschlossenheit des deutschen Volkes haben vermocht, die ungeheure Schädigung des politischen und des Wirtschaftslebens in wenigen Tagen wieder auszufüllen. Allen Schichten der Bevölkerung, die in der Verteidigung der Demokratie neuen Zusammenstand und dadurch die rasche Wiederkehr des verfassungsmäßigen Zustandes ermöglicht haben, spricht die Reichsregierung ihren Dank aus. Der dem deutschen Volke auferen wie innen zugefügte Schaden ist unabsehbar. Das Wirtschaftsleben ist schwer erschüttert. Um seinen vollkommenen Zusammenbruch und damit den der Volksgemeinschaft zu verhüten, ruft die vom Volkswillen geschaffene und getragene Reichsregierung das gesamte deutsche Volk zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Der Stellvertreter des Reichszanzlers: gez. Schiffer.

Abreise der Reichsregierung nach Berlin.

Wie aus Berlin vom 18. d. S. gemeldet wird, geht die Regierung heute noch aus Stuttgart nach Berlin abzufahren und zwar nach der auf 4 Uhr nachmittags angelegten Sitzung der Nationalversammlung.

Wiederaufnahme der Geschäfte durch General v. Odershausen.

Vom Reichswehrtruppenkommando 1 wird mitgeteilt: Die Geschäfte des Stabes im Reichswehrtruppenkommando 1 hat General v. Odershausen wieder übernommen.

Die Lage der Baltikumtruppen.

Es heißt, daß 5000 Baltikumleute in Allengrabow bereitstünden. Salskumler wird erklärt, daß General v. Seedt keinen Verband der Baltikumtruppen kenne und auch keinen Arbeitsverband solcher anerkenne.

Württemberg lehnt die Bewaffnung der Arbeiter ab.

Die württembergische Regierung hat das Verlangen der Unabhängigen auf Entwaffnung der Reichswehr und der Einwohnerwehren und Bewaffnung der Arbeiter abgelehnt. Die Reichswehr unterstehe als Organ des Reiches nicht der württembergischen Regierung. Die Einwohnerwehren ständen auf dem Boden der Verfassung. Zu einer Änderung dieser Wehren und zu einer einseitigen Bewaffnung könne die Regierung nicht die Hand bieten.

Aufmarsch der Feinde im Rheinlande?

Wie der Pariser Berichterstatter der „Baseler Nationalzeitung“ meldet, ist der Aufmarsch der Entente-Truppen im Rheinlande im Gange. Es wird ausdrücklich berichtet, daß die Maßnahme nur für den Fall gilt, daß der Sturz der Regierung Ebert eine Beeinträchtigung der Versailles-Bestimmungen zur Folge hat.

Zu neuer Arbeit!

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei verbreitet folgenden Aufruf der sächsischen Regierung:

Das vertriebenere Unternehmen der Reaktion ist zusammengebrochen. Unser Land Sachsen hat durch geschlossenen und entschiedenen Widerstand aller demokratischen Volksteile nicht zum wenigsten dazu beigetragen, die Rapp und Lüttwich schnell zur Strecke zu bringen. Die sächsische Regierung dankt allen Volkstreu, die mit ihr gemeinsam an der Beseitigung der reaktionären Gefahr gearbeitet haben. Sie dankt der Reichswehr und den Organen des Sicherheits-

Landesverfassung bewiesen haben. Leider ist in der Bewirkung dieser Tage viel kostbares Menschentum verpfunden worden. Die Regierung beklagt diese Verluste und richtet an die gesamte Bevölkerung die erste Mahnung, alles zu vermeiden, wodurch gewaltsame Zusammenstöße herbeigeführt werden können. Jeder Kampf zwischen Arbeitern und Truppen wäre unberechtigt und sinnlos. Die Waffen nieder! Zur Arbeit zurück! Es gilt, unser Wirtschaftsleben so schnell als möglich wieder in Gang zu setzen. Hungersnot droht uns, wenn nicht Lebensmittel im Ausland gekauft werden können. Wir erhalten sie nur, wenn wir Werte schaffen. Wir erhalten sie nur, wenn wir Werte schaffen. Hungersnot droht uns, wenn die Lebensmittel nicht beschaffen und planmäßig verteilt werden können.